



Pressemitteilung 20.05.2025

MIA-Geschäftsführer Dr. Guillermo Ruiz:

Antiziganistische Straftaten laut PMK-Statistik auf neuem Höchststand. Zahlen bilden nur einen Teil der Realität ab

Die am 20. Mai vom Bundeskriminalamt und dem Bundesinnenministerium vorgestellte Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) 2024 zeigt eine Zunahme der von der Polizei erfassten antiziganistischen Straftaten. Ihre Zahl ist mit 195 so hoch wie noch nie zuvor. 2023 wurden 171 antiziganistische Straftaten dokumentiert.

Dr. Guillermo Ruiz, Geschäftsführer der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus MIA e.V., erklärt dazu: „Diese Zahlen sind nur ein kleiner Teil der antiziganistischen Straftaten. Die Dunkelziffer ist weiterhin sehr hoch. Viele Betroffene zeigen keine Straftaten an, weil sie der Polizei wegen der jahrzehntelangen Stigmatisierung und Verfolgung, insbesondere während der NS-Zeit, nicht vertrauen.“

Doch dies ist nicht das einzige Problem. „In vielen Fällen verhindert fehlendes Wissen über Antiziganismus und seine Erscheinungsformen in den Sicherheitsbehörden, dass Straftaten als antiziganistisch eingestuft werden, obwohl es eindeutige Hinweise dafür gibt“, fügt Dr. Guillermo Ruiz hinzu. MIA wird am 23. Juni ihren Jahresbericht zu antiziganistischen Vorfällen in Deutschland für das Jahr 2024 vorlegen.

Angesichts der veröffentlichten Zahlen und des großen Dunkelfelds ist eine zentrale Forderung von MIA, dass die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antiziganismus auf der höchsten politischen Ebene angegangen und im Bundeskriminalamt sowie in allen anderen Sicherheitsbehörden priorisiert wird. Zudem sind Polizeibehörden aufgefordert, weitere Schulungen für Polizistinnen und Polizisten zu ermöglichen, damit sie Vorurteile und Antiziganismus besser erkennen können.

MIA ist ein Projekt des im Jahr 2023 gegründeten Vereins Melde- und Informationsstelle Antiziganismus e.V. Als zivilgesellschaftliche Melde- und Informationsstelle betreibt das Projekt ein bundesweites Monitoring zu Antiziganismus, fördert die gesellschaftliche Sensibilisierung zu diesem Thema und setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland ein. Das Projekt wird im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Bundesgeschäftsstelle, Prinzenstraße 84.1, 10969 Berlin 

presse@mia-bund.de 

01796632963 